

Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland – Tradition und Innovation

Vortrag auf der BAGFW-Tagung am 28. 1. 16 in Berlin

Es ist ausgesprochen schwierig, heute und hier als Repräsentant der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland das Wort zu ergreifen, ohne von Flüchtlingen zu reden.

Denn die Bewältigung des Andrangs Zuflucht Suchender in unserem Land steht ja nicht nur im Mittelpunkt der aktuellen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland, sondern ist auch die Bewährungsprobe der Zivilgesellschaft. Ich bin in den letzten Wochen öfters ausführlich in Erstaufnahmeeinrichtungen in Berlin aber auch z. B. am Hamburger Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten des Geschehens gewesen. Was ich dort gesehen habe, waren Bilder, wie ich sie mir in ihrer sozialen Dramatik in Deutschland nicht mehr hatte vorstellen können und, was wichtiger ist: es war in zweierlei Weise tief anrührend: Zum einen die Not, die offensichtliche Hilfsbedürftigkeit, zum anderen aber auch das Ausmaß und die Art und Weise, wie geholfen wurde, mit Empathie, Freundlichkeit, Nachsicht und Respekt. Das helle Deutschland - mit vielen MigrantInnen im ehrenamtlichen Einsatz.

Dass es so ist, ist ein Zeichen für die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts, für die Vitalität der Zivilgesellschaft

Dass es sich auch weiter so entwickelt, trotz aller sicher zu erwartenden Probleme, dafür treten wir als Freie Wohlfahrtspflege ein, als zentral herausgeforderter, organisierter Teil der Zivilgesellschaft.

Die FW, als größter organisierter Kern der Zivilgesellschaft, hat mit ihren über 1,5 Millionen Haupt- und ca. 3 Millionen ehrenamtlichen Arbeitenden, die mehr als 100.000 Angebote und Programme betreiben, diese Herausforderung vom ersten Tag an mit Engagement und Empathie angenommen. Da gilt längst nicht mehr nur die vielen hundert Programme und Organisationen, die ohnehin und immer schon auf den Gebieten der Migration, der Flüchtlingshilfe und der Nothilfe tätig sind, vielmehr kommt der Problemdruck mittlerweile auch voll in der Kinder- und Jugendhilfe an, aber auch in den anderen großen Feldern sozialer Arbeit, und das wird sich noch steigern. Die FW ist dabei aktiv in beiden Phasen der Ankunft hier in Deutschland: der Erstunterbringung – und Versorgung der Flüchtlinge und dann der Unterstützung, damit die Flüchtlinge hier schnell eigenständig leben können, dabei geht es um Sprachkurse, Landeskunde, Wohnungsbeschaffung, Einstieg in Bildung und Ausbildung, sowie natürlich Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Zivilgesellschaft hat die Herausforderung aber nicht nur in ihrer organisierten Form der Wohlfahrtspflege angenommen, sondern – und das ist vielleicht noch wichtiger – auch in Form vieltausendfachen ehrenamtlichen Engagements. Das waren und sind nicht nur Woldecken, geschmierte Brötchen, Tee und Wasserflaschen an Bahnhöfen und Brennpunkten, sondern das sind auch die vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger, die täglich in die Not- und Erstaufnahmestellen kommen, um dort die tonnenweise gespendete Kleidung, Windeln und alles Mögliche zu sortieren und zu verteilen, erste Schritte in der neuen deutschen Sprache zu ermöglichen, Flüchtlinge als Lotsen in die neue Umwelt zu begleiten, Flüchtlinge bei sich zuhause zu bewirten oder aufzunehmen, und überall dort zu helfen, wo es Not tut. Und das ist viel. Unsere Organisationen bemühen sich mit finanzieller Unterstützung vom Staat, den Andrang von Freiwilligen neben dem Andrang von Flüchtlingen so weit wie möglich zu bewältigen, die Ehrenamtlichen ihren Interessen und Fertigkeiten entsprechend zu koordinieren, machbare Einsatzpläne zu erarbeiten und sie auch qualifiziert bei ihrer Arbeit zu unterstützen – interkulturelle Kommunikation, Grundzüge des Asylrechts, Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Wir beziehen dabei Flüchtlinge so weit wie möglich in die Arbeit ein – denn Flüchtlinge sind keine passive Verwaltungsmasse, sondern das sind lebendige Menschen, die was tun

wollen die eine Aufgabe und auch Herausforderungen brauchen – und auf diesem Wege auch oft erste Ansätze zur psychischen Bewältigung ihrer oft erschreckend brutalen Fluchterfahrungen finden können

Wir sorgen nach Kräften dafür, nicht nur insgesamt, sondern auch für jeden einzelnen Flüchtling aus dem Krisenmodus rauszukommen und erste Übergänge zur Normalität zu schaffen. Was dabei an sozialen Innovationen erdacht, erprobt, entwickelt und verallgemeinert wird, ist enorm: es reicht von der mobilen KiTa über völlig neue Formen von Patenschaft, Begleitung, Vermittlung von Wohnraum, Sprache und Arbeitsplatz. Diese Innovationskraft kommt nicht aus Konzeptworkshops und Seminaren, sondern sie ist das Ergebnis der Tatsache, dass empathische und respektvolle Menschen in unmittelbarem Kontakt und im Austausch mit den Flüchtlingen und ihren Problemen überlegen und ausprobieren, wie man wirksam helfen kann.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden solche Leistungen, wird die Freie Wohlfahrtspflege (FW) insgesamt häufig als Arbeit am Gemeinwohl verstanden. Das ist einleuchtend, aber irreführend.

Denn: In pluralistisch verfassten Gemeinwesen wie Deutschland gibt es keine allgemeinverbindliche Definition des Gemeinwohls und kann es auch gar keine geben. Vielmehr wird unterstellt bzw. angestrebt, dass sich das bestmögliche Gemeinwohl durch die Mechanismen des

Interessenausgleichs nach den Regeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewissermaßen als Resultante ergibt. Das Gemeinwohl stellt sich danach also im und durch den demokratischen Prozess her.

An jedem politischen und insbesondere auch sozialpolitischen Diskurs nehmen – sehr grob gesprochen und unter Außerachtlassung von Parteien etc. – drei Akteurgruppen teil, die jeweils unterschiedliche Zielbündel vertreten. Der Staat repräsentiert die Ziele Sicherheit, Ordnung und Rahmenbedingungen. Die gewerbliche Wirtschaft steht für Kosteneffizienz, Gewinn und Wachstum. Der dritte Akteur ist die Bürgergesellschaft ist. Sie vertritt – wiederum sehr grob gesprochen - das Ziel des ‚guten Zusammenlebens aller Menschen‘. Diese Maxime ist zwar sehr nah dran an den mit Gemeinwohl intuitiv verknüpften Idealen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gemeinschaftlichkeit. Dennoch kann sie schon deshalb keinen Alleinvertretungsanspruch für das Gemeinwohl erheben, weil Annäherungen an diese Ideale kaum ohne Beiträge der Wirtschaft und des Staates vorstellbar sind. Ein Monopol aufs Gemeinwohl kann die FW also nicht für sich behaupten

Realistisch angestrebt werden kann allerdings ein größeres Gewicht der aus dieser Maxime – das gute Zusammenleben aller Menschen - folgenden Vorstellungen und Konzepte im öffentlichen Ringen um Einfluss und Ressourcen. Vertreten wird diese Maxime von jenen

Menschengruppen, sozialen Bewegungen, Organisationen und Institutionen, die zumindest einen Teil ihrer Existenz nicht nach den Regeln und Prioritäten des Marktes verbringen wollen oder können und die zugleich sehen, dass eine Menge Probleme weder mit den Strategien des Marktes noch mit dem Handlungsrepertoire des Staates gut zu lösen sind.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein hoch anerkannter Teil dieser Bürgergesellschaft. Ihr Wert für das Gemeinwesen wird - trotz stets latenter Legitimationskrisen – nicht nur jetzt aktuell, sondern eigentlich immer nahezu allseits hoch geschätzt. Gleichwohl unterliegen unsere Zielvorstellungen vom ‚guten Zusammenleben aller Menschen‘ allzu oft und in zumindest in nicht abnehmendem Maße gegenüber Argumenten der gewinnorientierten Wirtschaft und dem Verwaltungshandeln des Staates.

Meine Vermutung oder auch These ist: Der öffentliche und politische Einfluss der Freien Wohlfahrtspflege – und damit die Maxime vom guten Zusammenleben aller Menschen - könnte gesteigert werden, wenn wir öfter und deutlicher klar machen würden, dass es diese moralisch-ethische Maxime ist, wegen der es die FW gibt, wegen der wir arbeiten und für die wir uns einsetzen. Diese Orientierung ist – bei allen

Verschiedenheiten - m. E. das Gemeinsame und das Proprium der Freien Wohlfahrtspflege.

Eine solche Werte-Orientierung kann nur glaubhaft sein, wenn sie nicht nur beteuert, sondern mit praktischen und praktikablen Ziel- und Qualitätsindikatoren unterlegt ist. Ob diese Ziele und Qualitäten nun religiös oder humanistisch begründet sind – in der Arbeit der FW geht es immer um Ermöglichung von Teilhabe, um Selbstbefähigung und die Verringerung sozial bedingter Ungleichheit, letztlich um Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat mit dieser Maxime und den aus ihr folgenden Orientierungen und Zielen einen wichtigen, von niemandem sonst so organisiert und deutlich vertretenen Part im Gemeinwohldiskurs. Das ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, denn zu fragen ist u.a., ob dies auch unsere Umwelten so wahrnehmen oder ob nicht viele Beobachter, Finanziere und Nutzer in uns einfach historisch gewachsene Player am Markt für Sozialleistungen sehen. Zu fragen ist auch, wie wir unseren Werten, Maximen und Zielen in unserer Arbeit ein noch stärkeres Gewicht geben können.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass sich die Freie Wohlfahrtspflege zunächst einmal selbst der Gemeinwohlorientierung und

Wertegebundenheit ihrer Arbeit vergewissert. Und dabei auch die Frage aufwirft: Was wäre anders in Deutschland, wenn es die FW nicht gäbe?

Zu fragen ist auch nach den Konsequenzen dieser Orientierung für zentral wichtige Aspekte, die in allen Bereichen der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege einer Dauerherausforderung bilden.

Ich werde dieser Frage im Folgenden skizzenhaft an vier Themen nachgehen: Wirksamkeit/Qualitätssicherung /Ergebnisdarstellung, Innovation, Wächteramt und Stellung der FW in der Zivilgesellschaft.

Bei der Qualitätssicherung und in der Wirkungsdiskussion stellt sich z. B. die Frage, wie sich die Freie Wohlfahrtspflege im oft gegebenen Spannungsfeld zwischen ganzheitlich-fachlich-inhaltlich gesteuerter sozialer Arbeit einerseits und einer zunehmend zerlegenden und Erfolg vor allem quantitativ und monetär bestimmenden Betrachtungsweise andererseits positionieren will und kann. Natürlich wollen und müssen wir die Qualitäten unserer Arbeit ermitteln, verbessern und dokumentieren. Aber oft genug verkommt diese Form der Qualitätssicherung und Qualitätsdokumentation zu einer bloßen Alibiveranstaltung. Für Zuwendungsgeber und Finanziers wird mit Qualitätsdokumentationen mit Daten und Zahlen gewissermaßen eine eigene Benutzeroberfläche gestaltet und abgeliefert, in der es ausschließlich um die formalen und quantifizierbaren Aspekte der

Leistungen geht. Das Eigentliche – der Gewinn an Teilhabe und Lebensqualität für unsere Klientinnen und Klienten, die Beziehungsarbeit, die Vermehrung von Zusammenhalt und Vertrauen - all das geht dabei unter.

Sinnlos erscheint es mir – das vorweg – auf die Frage nach dem Mehrwert sozialer Arbeit in Euro und Cent mit einer Antwort in Euro und Cent zu reagieren. Das aber tun heute zahlreiche Sozialwirtschaftsberichte. Sie zeigen, dass der Staat mehr Steuern, die Sozialversicherungen mehr Beiträge einnehmen, dass der örtliche Handel mehr Umsatz macht, weil die Betroffenen mehr Einkommen haben, dass also das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt, wenn soziale Arbeit wirkt. Dass soziale Arbeit nicht nur Kosten verursacht, sondern auch wirtschaftliche Erträge für die Gesellschaft erbringt. Gut, damit kann man manchen gutwilligen Politiker beruhigen und seine Ausgabenbereitschaft erhöhen. Aber: heißt das, dass wir soziale Arbeit mit den Menschen unterlassen sollen, für die eine solche Rechnung nicht aufgeht? Ist die Höhe des *return of investment* ein annehmbarer Maßstab für Prioritätensetzung in der sozialen Arbeit? Machen wir überhaupt Soziale Arbeit, damit das BIP steigt?

Auf diese Weise kommen wir nicht aus der Defensive. Gewiss haben wir keine Einwände, wenn im Ergebnis unserer Arbeit das BIP steigt. Aber

wir tun unsere Arbeit aus anderen Gründen. Uns geht es um mehr und etwas Anderes. Uns geht es um Teilhabe – physische, psychische, soziale, materielle Teilhabe und um die Überwindung von Hindernissen die diesen Zielen entgegen stehen. Da ist das BIP kein geeigneter Maßstab, denn es ist blind gegenüber gesellschaftlichen Zielen und Werten. Da müssen wir andere Konzepte wie gesellschaftliche Kohärenz, Verwirklichungschancen und Lebensqualität in Stellung bringen. Ob sich die so bequem quantifizieren lassen wie das BIP bezweifle ich. Aber ist Quantifizierbarkeit das Kriterium von Richtigkeit oder Priorität? Albert Einstein hat einmal gesagt: „Nicht alles was zählbar ist, zählt; nicht alles was zählt ist zählbar.“

Solche Untersuchungen und die Art ihrer Präsentation in der Öffentlichkeit hinterlassen bei mir oft ein ungutes Gefühl können, und zwar nicht wegen der Ergebnisse, sondern wegen des mit ihnen verbundenen Denkens. Ich möchte dies mit ein paar Fragen verdeutlichen: Würden wir denn Gefährdetenilfe nicht mehr gut finden und nicht mehr für förderungswürdig halten, wenn der ökonomische Nutzen nicht nachweisbar wäre? Oder wenn der gleiche Nutzen – ausgedrückt in Euro - zum Beispiel durch mehr staatliche Zwangsregeln zu erzielen wäre? Oder: wie würden wir ein Projekt der Sozialen Arbeit bewerten, dessen Nutzen sich – gemessen z. B. in Teilhabe und Lebensqualität - vor allem in den mittleren Sozialschichten realisiert,

also vor allem solchen Bevölkerungsgruppen zugutekommt, die ohnehin eine geringere Problemlast zu tragen? Solch Interventionen könnten einen guten *return of investment* erzielen und würden zugleich die soziale Ungleichheit vergrößern.

Wenn wir die Werte-Debatte offensiv führen wollen, müssen wir uns Gedanken darüber machen und Konzepte entwickeln, wie wir den Gewinn an Teilhabe, Selbstwertgefühl, Selbstwirksamkeit und sozialer Einbindung auch als Qualitäten unserer Arbeit darstellen können. Nur wenn es uns gelingt, diese Aspekte als unverzichtbare und von niemandem sonst zu erbringende Qualitäten unserer Arbeit darzustellen und öffentlich zu machen, können wir, kann die Freie Wohlfahrtspflege in der Wertediskussion wieder in die Offensive kommen.

Auf dem Gebiet der Innovation sieht sich die Freie Wohlfahrtspflege zunehmend der Bezweiflung ihrer Innovationskraft und der Heroisierung des ‚social entrepreneurs‘ konfrontiert. Implizit wird damit die grundsätzliche Überlegenheit des ‚Marktes‘ gegenüber der ‚Bürgergesellschaft‘ behauptet. Das ist empirisch meist leicht zu widerlegen. Die Jahrhundertinnovation in der Wohlfahrtspflege ist der Übergang von der paternalistischen Fürsorge zur partnerschaftlichen Aktivierung und Ressourcenförderung auf nahezu allen Feldern unserer Arbeit. Diese Innovation resultierte nicht aus Kosten- oder

Marktüberlegungen, sondern aus den v. a. gemeinwirtschaftlich gewonnenen Erfahrungen und der Arbeit mit unseren Klientinnen und Klienten. Frauenhäuser, Aidshilfen, Sozialraumorientierung und auch der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff - um einige wirklich aufregende soziale Innovationen zu nennen - wurden nicht von Sozialunternehmen erfunden, sondern sind das Ergebnis der Auseinandersetzung empathischer Menschen mit realen menschlichen und gesellschaftlichen Problemen - ohne Gewinnstreben, *proud to be not for profit*. Diese Stärke sollte aber auch nicht zum Vorwand genommen werden, sich auf den unbezweifelbaren sozialen Innovationen der Freien Wohlfahrtspflege auszuruhen und die Frage nach der Innovationskraft als erledigt zu betrachten. Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit ihren mehr als 100.000 Programmen und Einrichtungen an nahezu allen potentiell dunklen, schwierigen, auch ungern gesehenen Ecken und Bruchstellen der Gesellschaft unterwegs. Gerade aktuell in der Bewältigung des Andrangs von Zuflucht Suchenden zeigt die Freie Wohlfahrtspflege ihre Innovationskraft wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis. Da Innovationen im Rahmen unseres Wertesystems wesentlich davon abhängen, dass wir den Betroffenen eine Stimme geben und Betroffene zu Beteiligten machen, wäre zu fragen, ob mehr und anderes getan werden kann, um den Weg vom ‚sozialen Problem‘ zur ‚sozialen Innovation‘ sicherzustellen und zu verkürzen.

Die dritte Implikation betrifft das Wächteramt der FW. Ich erwähnte es bereits: Die Institutionen, Programme und Angebote der FW bilden das feinste und am stärksten verzweigte Nervensystem zu den Bruchstellen und dunklen Ecken unserer Gesellschaft. Und unser Wertekompass sagt uns, dass Soziale Arbeit mehr sein muss als ein Notpflaster und mehr als unmittelbare Nothilfe. Soziale Arbeit muss auch öffentlich benennen, dass ein großer Teil der bearbeiteten Probleme ihre Verursachung in der kontinuierlich weiter werdenden Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich hat. Soziale Arbeit ist auch befugt und meines Erachtens auch verpflichtet zu benennen, wie diese Schere wirkt und durch welche Maßnahmen dieses Dilemma zumindest verkleinert werden könnte. Deshalb nehmen die FW und ihre Organisationen ebenso regelmäßig zu neuen Ausprägungen und Folgen der wachsenden Ungleichheit und der ihr folgenden sozial bedingten Ungleichheit von Lebens- und Gesundheitschancen Stellung. Deshalb nehmen wir auch öffentlich Stellung gegen alte und neue Versuche gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es in der Gesetzgebung, sei es in den Medien oder sei es in Form von öffentlichen Manifestationen und Gewaltanschlägen. Denn FW steht für Inklusion, und Inklusion ist eben das Gegenteil von Exklusion. Manchmal mag diese Wahrnehmung des Wächteramtes nerven, aber sie ist notwendig, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen mit den Werten Teilhabe,

Chancengleichheit und Respekt – als Voraussetzung und Teil des ‚guten Zusammenlebens aller Menschen‘.

Die vierte und letzte Implikation einer Strategie, mit der wir in der Frage der Werte unserer Arbeit wieder in die Offensive kommen können, betrifft Bündnisse. Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege bilden als Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ein Bündnis der Wohlfahrt. Das ist gut und wichtig und notwendig und wirksam, aber öffentlich - außer an Tagen wie heute - wenig sichtbar.

Zusammen mit den Vertretern der Gebietskörperschaften und insbesondere den Kommunen bildet die freie Wohlfahrtspflege darüber hinaus den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge - auch dies ein unverzichtbares aber ebenfalls wenig öffentlichkeitswirksames Scharnier. Wenn wir darüber hinaus mit breiter Wirkung für unsere Werte und gegen die rigorose Ökonomisierung aller Lebensvollzüge oder – in den Worten von Jürgen Habermas – die Kolonialisierung der Lebenswelten wirksam werden wollen, brauchen wir mehr und neue Bündnispartner, und wir müssen auch mal auf der Straße und in den Medien sichtbar sein. Das ist für Wohlfahrtsorganisationen neu, denn sie sind von Natur aus sanftmütig und ausgleichend, man ist gewohnt, dass sie möglichst geräuschlos und im Hintergrund soziale Probleme bearbeiten. Aber veränderte Lagen erfordern eben auch neue Strategien. Das erlebe ich derzeit exemplarisch als Vertreter der BAG

FW im Beirat des BMWi zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, besser bekannt unter der Abkürzung TTIP. Dort haben sich die Vertreter der Zivilgesellschaft in diesem Beirat, also u.a. der Kulturrat, der BUND, die Akademie der Künste, der DGB, die ökologische Landwirtschaft und etliche andere zusammengeschlossen, um darauf hin zu arbeiten, dass die Basis unserer Arbeit in der Daseinsvorsorge nicht durch internationale Handelsabkommen wie derzeit vor allem durch TTIP untergraben wird. Die Grundlage dieser Bündnisse ist eine gemeinsame Wertebasis: unsere Bündnispartner sind – wie wir selbst - Menschengruppen, soziale Bewegungen, Organisationen und Institutionen, die zumindest einen Teil ihrer Existenz nicht den Regeln und Prioritäten des Marktes unterordnen wollen oder können und die zugleich sehen, dass eine Menge Probleme weder mit den Strategien des Marktes noch mit dem Handlungsrepertoire des Staates gut zu lösen sind.

So, ich hoffe, Ihnen mit diesen Bemerkungen einigen Stoff zur Diskussion und auch zum Widerspruch gegeben zu haben. Das nämlich wollte ich, damit die Konferenz den drei Zielen dienen kann, wegen derer wir sie veranstalten:

- den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege als Ort der Selbstvergewisserung ,

- der Öffentlichkeit und der Politik als Manifestation unserer Werte und unserer Innovationskraft
- allen Kräften und Akteuren als Orientierung für die Entwicklung von Bedingungen, unter denen die Freie Wohlfahrtspflege ihre Potenziale zum Nutzen des Gemeinwohls voll entfalten kann.

Gelingt dies, dann kann der Einfluss der Maxime vom ‚guten Zusammenleben aller Menschen‘ in den Auseinandersetzungen mit Staat und Wirtschaft sicherlich noch gesteigert werden – zum Nutzen aller.

Prof. Dr. rer. pol. Rolf Rosenbrock, Jg. 1945, Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitswissenschaftler, war von 1988 bis 2012 Leiter der Forschungsgruppe Public Health im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und lehrt Gesundheitspolitik u.a. an der Berlin School of Public Health in der Charité Berlin. Seine Themen sind sozial bedingte Ungleichheiten von Gesundheitschancen, Präventionspolitik sowie Steuerung und Finanzierung der Krankenversorgung. Er betreibt seit den 70er Jahren Gesundheitsforschung und Politikberatung und ist u.a. Mitglied des Nationalen Aids-Beirates (NAB) (seit 1995) und Vorsitzender der Landesvereinigung Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. (seit 2006). Er war von 1999 – 2009 Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR – G), Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (2001 - 2012), Mitglied der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer (ZEKO) (von 2010 – 2015), des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH) (2006 – 2008) etc. 2012 wurde er zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband – gewählt, seit 2015 ist er außerdem ehrenamtlicher Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW).

vorsitzender@paritaet.org